

Marzahn- Hellersdorf *links*

32. Jahrgang / November 2022

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Dietmar Bartsch (MdB): Maßnahmen gegen Inflation

Die Preise für Verbraucher steigen immer weiter und Großkonzerne stopfen sich die Taschen voll. Das darf nicht sein. Wir machen Vorschläge dazu, wie die Politik eingreifen sollte.

Im ersten Halbjahr 2022 gab es 29 Milliarden Euro Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuer im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dieses Geld muss an die Bürger zurückgehen. Wir wollen ein Anti-Inflationsgeld für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in Höhe von 1500€ pro Jahr plus 600€ für jedes weitere Haushaltsmitglied. Wir brauchen außerdem eine Übereinkunft für

bezahlbare Lebensmittelpreise im Kanzleramt mit den Eigentümern der Supermarktketten, die in der Coronakrise historische Milliardengewinne eingefahren haben: Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel muss auf Null gesetzt werden.

Einen entsprechenden Antrag zur Absenkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel hat DIE LINKE in den Bundestag eingebracht. Butter darf nicht drei Euro kosten, das Leben muss bezahlbar bleiben. Dafür kämpfen wir.



Vergesellschaftung möglich machen!

Mehr als 57 Prozent der Berliner*innen haben am 26. September 2021 für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gestimmt und damit dem Berliner Senat einen klaren Handlungsauftrag erteilt.

Wir kämpfen als LINKE nun dafür, dass der Volksentscheid auch umgesetzt wird. Wir wollen, dass unsere Stadt für alle Menschen lebenswert und bezahlbar bleibt.

Wir sind überzeugt: Die Vergesellschaftung ist nicht nur rechtlich möglich und finanziell tragbar, sondern vor allem notwendig, um angemessen auf den Mietensinn in unserer Stadt zu reagieren. Vom Senat wurde nun zunächst eine Expertenkommission beauftragt, bis zum Frühjahr 2023

rechtliche Fragen der Umsetzung zu klären. Auf dieser Grundlage wollen wir ein Gesetz zur Vergesellschaftung der privaten Immobilienkonzerne Deutsche Wohnen, Vonovia & Co. erarbeiten.

Sicherheit statt steigender Mieten!

Der Boom auf dem Immobilienmarkt ist weiter ungebrochen und das Investoren-Karussell dreht sich munter weiter. Während immer mehr Menschen unter steigenden Mieten, Heiz- und Energiekosten leiden, streben Immobilienkonzerne nach immer höheren Gewinnen.

Die Mieter*innen geraten dabei zunehmend unter die Räder. Doch steigende Mieten sind kein Naturgesetz, die Politik kann eingreifen.

Von jedem an das Unternehmen Vonovia gezahlten Euro Miete gehen beispielsweise schon jetzt 45 Cent direkt an die Aktionäre. Und der Konzern plant, die Mieten weiter zu erhöhen. Mit diesem Geschäftsmodell wollen wir Schluss machen. Wir wollen die Wohnungen unter öffentliche Kontrolle stellen. Damit könnten wir uns die Dividenden an die Aktionäre sparen und stattdessen z.B. für Mietensenkungen oder eine bessere Instandhaltung der Wohnungen einsetzen.

Wohnen gehört in die öffentliche Hand!

Wie es gehen kann, zeigen die 340.000 Wohnungen der sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen. Hier gibt der Senat vor, wie hoch die Miete sein darf, nach welchen Kriterien Wohnungen vergeben werden oder auch, dass in der Krise niemand seine Wohnung verliert. Durch die Vergesellschaftung der Wohnungen der großen privaten Unternehmen können wir den Bestand an öffentlichen Wohnungen deutlich erhöhen, um für viel mehr Mieter*innen in unserer Stadt dauerhaft sicheres Wohnen zu ermöglichen.

Mit Euch machen wir das!

Von Beginn an unterstützen wir „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. DIE LINKE ist bis heute die einzige Partei, die sich konsequent für die Vergesellschaftung großer privater Immobilienbestände einsetzt.

Trotz des großen Erfolgs beim Volksentscheid und vieler überzeugender Argumente ist der Widerstand nicht nur in der Immobilien-Lobby, sondern auch in Teilen der anderen Berliner Regierungsparteien SPD und Grüne weiter groß. Doch die Berliner Landesregierung steht in der Pflicht den Willen der Berliner*innen umzusetzen. Denn es geht um sehr viel.

Damit wir erfolgreich sein können, braucht es auch weiter den Druck von der Straße und in den Kiezen. Wir laden Euch herzlich ein: beteiligt Euch auch bei unseren Aktionen bei Euch in der Nähe. Kämpft gemeinsam mit uns für sicheres und bezahlbares Wohnen in Berlin!

SEBASTIAN KOCH



Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Bundesweiter Mietestopp jetzt! / Entlastung für Mieter*innen / Milieuschutz

Seite 3: Rekommunalisierung / Nachtrags-haushalt / Wenn die Tafel nicht wäre

Seite 4: Berlin unterstützt / Pro Bürgergeld - aber richtig

Seite 5: Inflation und Ölembargo - Schutzschirm für den Osten nötig / Grundsteuer

Seite 6: Katja Kipping ruft „Netzwerk der Wärme“ ins Leben / Manuela Schmidt: Unsere Antwort ... wir lassen niemanden zurück

Seite 7: Interview mit Gregor Gysi zum Ukraine-Krieg

Seite 8: Junge Linke / Termine

Bundesweiter Mietenstopp jetzt!

Im Oktober fanden Aktionen und Proteste für einen bundesweiten Mietenstopp in zahlreichen Städten statt (unser Foto zeigt Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Berlin). Aufgerufen hatte das Bündnis Mietenstopp. Es gab viele gute Gründe am Aktionstag Mietenstopp teilzunehmen. Schon vor der Pandemie und den steigenden Energiepreisen war die Hälfte der Miethaushalte in den Städten durch die Wohnkosten überlastet. Allein in den vergangenen zwölf Monaten sind die Wohnkosten nochmal um elf Prozent gestiegen. Viele Mieterinnen und Mieter wissen nicht mehr, wie sie die gestiegenen Kosten bezahlen sollen und erleben eine akute Notsituation. Es braucht sofort einen bundesweiten Mietenstopp. Als LINKE fordern wir darüber hinaus ein ‚Krisenpaket Miete‘: Schutz vor Kündigungen, keine Zwangsräumungen, ein Verbot von Indexmieten, einen Energiepreis- und Mietendeckel.

CAREN LAY
MdB



Niklas Schenker (MdB):

Berlin legt vor: Wichtige Entlastungen für Mieterinnen und Mieter in der Krise. Bundesregierung muss jetzt die Privaten in die Pflicht nehmen

Der Senat hat auf Drängen der LINKEN hinsichtlich der steigenden Energiekosten ein Kündigungsmoratorium, die Aussetzung von Räumungen und die Fortsetzung des Mietendimmers bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen und der Berlinovo beschlossen. Das Kündigungsmoratorium sowie die Fortsetzung des Mietendimmers bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen und der Berlinovo sind notwendige Schritte für mehr Mieter*innenschutz in der Krise. Mieterinnen und Mieter brauchen genau wie kleine Gewerbetreibende jetzt Sicherheit. Deshalb ist es wichtig, dass die Regelungen auch für das Gewerbe gelten. Die heute beschlossenen Entlastungen können nur ein erster Schritt sein. Die Mietbelastung darf nicht noch weiter steigen. Die Moratorien für Kündigungen und Räumungen müssen ausgeweitet und entfristet werden.

Es ist ein großer Fehler, dass die Bundesregierung bislang keine umfassenden und verbindlichen Moratorien für Kündigungen und Strom- und Gassperren erlassen hat. Das muss unverzüglich nachgeholt werden, damit auch Mieter*innen privater Wohnungsunternehmen nicht auf die Straße gesetzt werden oder im Dunkeln sitzen müssen. Die heutige Ankündigung von Vonovia, zahlungsunfähigen Mieter*innen zu kündigen, zeigt erneut, wie dringend es eine gesetzli-

che Regulierung und die Vergesellschaftung der großen Wohnungsunternehmen braucht.

DIE LINKE hat sich auf ihrem jüngsten Parteitag für weitere Entlastungen für Mieterinnen und Mieter bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen ausgesprochen. Wir werden uns bei den Verhandlungen um eine neue Kooperationsvereinbarung für eine Deckelung der Mieten im Bestand und bei der Wiedervermietung sowie für Verbesserungen bei der Härtefallregelung einsetzen. Kein Haushalt soll mehr als 30 Prozent des Einkommens für die Bruttowarmmiete ausgeben müssen. Im Bestand und im Neubau der landeseigenen Wohnungsunternehmen brauchen wir mehr preisgünstigen Wohnraum für WBS-Berechtigte.



Milieuschutz auch in Marzahn-Hellersdorf prüfen

Wohnraum muss im Bezirk auch weiterhin für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar sein. Das Instrument des Milieuschutzes ist eines der Mittel, die gegen Verdrängung von Mieterinnen und Mietern eingesetzt werden und das die Bezirke nutzen können. Ob dieses Instrument auch in Marzahn-Hellersdorf zur Anwendung kommen kann, wird jetzt durch das Bezirksamt geprüft werden.

Marzahn-Hellersdorf ist einer der wenigen Bezirke, in denen bisher noch kein Wohngebiet mit einer sogenannten Erhaltungssatzung ausgewiesen ist. Die Bezirksverordnetenversammlung ist einem Antrag der LINKEN gefolgt, eine fachliche Prüfung auf den Weg zu bringen. Sofern es Gebiete gibt, für die eine sogenannte Erhaltungssatzung nach §172 Baugesetzbuch erlassen werden kann, soll das Bezirksamt die notwendigen Schritte dazu einleiten. Zum Beschluss der BVV erklären Sarah Fingerow und Bjoern Tielebein, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der BVV Marzahn-Hellersdorf:

Es ist ein gutes Zeichen, dass nun auch in Marzahn-Hellersdorf das Thema Milieuschutz auf der Tagesordnung steht. Alle Instrumente müssen geprüft und genutzt werden, um die Mietsteigerungen, die auch in Marzahn-Hellersdorf um sich schlagen, einzudämmen. Hinzu kommt, dass ein kommunales Vorkaufsrecht des Bezirks bzw. des Landes nur in ausgewiesenen Milieuschutzgebieten besteht.

Wollen Sie **Marzahn-Hellersdorf links** regelmäßig lesen? Dann teilen Sie uns Ihre **Abowunsch** mit an:
bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
mit Betreff: MaHeli-Abo
oder per Telefon: 030 5412130

Rekommunalisierung der Wärmeversorgung vermeidet soziale Verwerfungen auf dem Weg zu klimagerechter Stadt

Das Land Berlin hat sein Interesse am Erwerb der Fernwärme von Vattenfall hinterlegt und beabsichtigt eine Anteilsmehrheit an der GASAG zu erwerben. Wir begrüßen die Ab-



sicht die Berliner Wärmeversorgung in öffentliche Hände zurückzuholen. Damit würde ein wichtiges Ziel der rot-grün-roten Koalitionsvereinbarung umgesetzt werden und ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer klimagerechten Stadt gegangen.

Die Berliner LINKE hat sich erst jüngst erneut auf ihrem Landesparteitag im September für die vollständige Rekommunalisierung der Fernwärme und der GASAG ausgesprochen. Wir wollen eine Bündelung der Wärmeversorgung Berlins in öffentlicher Hand, um den angesichts des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen notwendigen Umbau der Wärmeversorgung koordiniert über die verschiedenen Energieinfrastrukturen zu gestalten und dabei soziale Verwerfungen zu vermeiden.

Die enormen Herausforderungen beim Umbau der Wärmenetze werden erhebliche Investitionen notwendig machen. Diese sind im Kaufpreis zu berücksichtigen.

KATINA SCHUBERT
Landesvorsitzende der Berliner LINKEN
ANNE HELM UND CARSTEN SCHATZ
die Vorsitzenden der Linksfraktion
KLAUS LEDERER
Senator für Kultur und Europa

Nachtragshaushalt: Energiekrise abfedern und Menschen mit wenig Geld entlasten

Am 1. November wurde im Senat der Entwurf für einen Nachtragshaushalt beschlossen. Wir sind sehr froh, dass Berlin damit einen weiteren aktiven Beitrag dazu leistet, die Folgen der Energiekrise abzufedern und Menschen mit wenig Geld zu entlasten. Das tun wir mit konkreten Hilfen wie dem Härtefallfonds für private Haushalte, die von Strom- oder Gassperren bedroht sind. Wir senken den Preis für das Sozialticket (Berlin-Ticket-S) ab Anfang nächsten Jahres auf 9 Euro und weiten den Berechtigtenkreis aus. Außerdem führen wir das 29-Euro-Ticket zunächst weiter.

Für uns als Linksfraktion war ebenfalls besonders wichtig, dass für die gestiegenen Energiekosten in den Bezirken und bei den Zuwendungsempfänger:innen des Landes vorgesorgt wird. Damit stellen wir sicher, dass zum Beispiel Sporteinrichtungen, Jugendclubs, Senioren- und Stadtteilzentren ihre wichtige soziale Arbeit uneingeschränkt weiterführen können und nicht auf horrenden Energierechnungen sitzen bleiben. Damit haben wir das Versprechen, dass kein Träger und keine Einrichtung schließen muss, nun finanziell untersetzt. Mit dem Netzwerk der Wärme wird die soziale Infrastruktur zusätzlich gestärkt. Hierbei sollen Orte der Begegnung und des sozialen Austauschs ausgebaut und vernetzt werden.

Mit diesem Nachtragshaushalt geht Berlin einmal mehr voran als Stadt, in der niemand zurückgelassen wird. Wir springen dabei an vielen Stellen für die Versäumnisse des Bundes in die Bresche. Dass eine starke öffentliche, soziale und kulturelle Infrastruktur in Krisenzeiten überlebenswichtig ist, hat bereits die Corona-Krise gezeigt. Der Bund ist jetzt in der Pflicht, für einen Schutzschirm zu sorgen, damit insbesondere die Krankenhäuser nicht in Existenznot geraten. Sollte der Bund hier nicht liefern, werden wir im parlamentarischen Verfahren der Nachtragshaushaltsberatungen für weitere Vorsorge für die Krankenhäuser sorgen.

CARSTEN SCHATZ
Vorsitzender der Linksfraktion Berlin
STEFFEN ZILLICH
Haushaltspolitischer Sprecher



Wenn die Tafel nicht wäre

Das es die Ausgabestellen der Tafeln gibt und diese für viele Menschen dringend nötig sind, ist ein bitterer Ausdruck der gesellschaftlichen Realität. Nicht nur Menschen, die von Hartz IV leben müssen, sind Kundinnen und Kunden. Auch viele Bürgerinnen und Bürger z.B. mit einer viel zu niedrigen Rente, einem schlecht bezahlten Job oder hohen Schulden müssen regelmäßig das Angebot der Tafeln wahrnehmen. Kundinnen und Kunden müssen sich zuvor anmelden. Nur in Notfällen kann auch eine spontane Ausgabe erfolgen. In Marzahn-Hellersdorf existieren Ausgabestellen der Tafel in Marzahn - Schwarzbürger Straße 8 - und in Hellersdorf - Adorfer Straße 6. Die LINKE in Marzahn-Hellersdorf unterstützt die Tafeln seit jeher mit Spenden.

Aber warum stellen sich denn so viele Menschen bei der Tafel an? - Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind offenbar ungenügend. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, deren Rente nicht zum Leben reicht und die deswegen zum Sozialamt müssen, steigt in Deutschland stetig an, leider auch in Berlin. Wenn im Hartz-IV-Regelsatz knapp 5 Euro am Tag für einen Erwachsenen für Lebensmittel und nichtalkoholische Getränke vorgesehen sind, dann kann man sich davon weder gesund noch ausreichend ernähren. 5 Euro reichen hinten und vorne nicht. Dieser Mangel trifft derzeit auf eine Inflation von knapp 10 Prozent, und bei den Lebensmittelpreisen ist der Anstieg mit knapp 19 Prozent noch viel dramatischer. Das von der Ampel-Bundesregierung versprochene Bürgergeld steigt zwar um knapp 50 Euro auf 502 Euro, aber leider gleicht das bisher nur die Inflation aus.

Deswegen hat der Paritätische Wohlfahrtsverband ausgerechnet, dass 678 Euro monatlich notwendig sind, damit man halbwegs im Leben und im Monat über die Runden kommt. Das ist die richtige Antwort gegen Ernährungsarmut. Menschen haben einen Anspruch auf eine Grundsicherung, von der sie leben und teilhaben können.



Bjoern Tielebein und Kristian Ronneburg übergeben eine Spende an die Hellersdorfer Ausgabestelle der Berliner Tafel e.V. „Laib und Seele“

Berlin unterstützt von Energiesperren bedrohte Haushalte mit einem Härtefallfonds

Auf Vorlage von Sozialsenatorin Katja Kipping hat der Senat von Berlin die Einrichtung eines „Härtefallfonds Energieschulden“ beschlossen. Zielgruppen des Fonds sind Haushalte, die durch die unverschuldeten und unerwarteten Energiepreissprünge von Energiesperren bedroht sind. Ziel ist es, den Fonds zum Jahresanfang 2023 einzurichten.

Der Senat von Berlin setzt sich bereits auf vielen Ebenen gegen Energiearmut ein. Er fördert Energiespar- und Schuldenberatungen und berät Menschen über soziale Hilfen, die zur Verfügung stehen. Haushalten, die auf Grund der gestiegenen Energiekosten ihre Energierechnung nicht mehr zahlen können, wird im Jobcenter oder Sozialamt schnelle Hilfe gewährt. Dabei sind Kostenübernahmen in dem Monat, in dem die Kosten anfallen, auch für jene Menschen möglich, die bisher nicht im Leistungsbezug sind, aber durch die gestiegenen Energiekosten bedürftig werden.

Katja Kipping, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales: „Ich freue mich, dass mit dem Härtefallfonds Energieschulden eine zusätzliche Absicherung geschaffen wird. Denn trotz der vielfältigen Unterstützungsangebote im Land Berlin und der angekündigten Hilfen des Bundes kann es in der derzeitigen Ausnahmesituation dazu kommen,



dass auch Haushalte, die bisher nicht als energiearmutsgefährdet galten, in finanzielle Schieflage geraten. Berlin lässt niemanden im Dunkeln oder im Kalten sitzen. Deswegen hilft der Senat mit dem Härtefallfonds, Strom- und Heizsperren sowie

Verschuldungsspiralen zu vermeiden.“
Informationen über die Bewältigung der Energiekrise in Berlin:

<https://www.berlin.de/energie/>

Petra Pau (MdB): Pro Bürgergeld, aber richtig

Ich war und bin gegen „Hartz IV“ und die damit verbundene Armut. Sie erniedrigt. Ich war und bin für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es befreit. In der aktuellen politischen Debatte geht es um ein „Bürgergeld“. Es überwinde „Hartz IV“ und sei deshalb gut, wirbt die SPD.

Zur Erinnerung: Die sogenannten Hartz-Gesetze wurden vor 20 Jahren beschlossen – von der SPD. Ich hatte damals im Bundestag dagegen gestimmt. DIE LINKE hat sie stets als „Armut per Gesetz“ abgelehnt.

Werden sie nun dank Bürgergeld überwunden? Verbal vielleicht, real nicht!

Geht es nach der SPD, so soll das neue Bürgergeld zum 1. Januar 2023 eingeführt werden. Die Bezüge für Betroffene werden erhöht, Repressalien gegen sie gemindert. Das unterstützt DIE LINKE, aber es reicht nicht. Das Manko beginnt bei der Aufstockung um 53 Euro. Dieses vermeintliche Mehr wird durch Preissteigerungen an Lebensmitteln im weiten Sinne in der aktuellen Inflation mehr als getilgt. Hinzu kommt, das geplante Bürgergeld liegt weiterhin deutlich unter der Armutsgrenze, die bereits 2019 mit 1.074 Euro pro Monat ausgewiesen wurde und seither um etliche Euro gestiegen sein dürfte. Kurzum: Auch das neue Bürgergeld bleibt verordnete Armut. Um das zu vermeiden, müssten die Sätze um 200 Euro angehoben werden, sagen Sozialverbände.

Ob dieses Bürgergeld überhaupt zum neuen Jahr kommen kann, steht in den schwarzen Sternen. Denn die Unionsparteien polemisieren auf allen Kanälen dagegen und wollen das Vorhaben laut CDU-Generalsekretär spätestens im Bundesrat zu Fall bringen. Der bekannte Armutsforscher Prof. Butterwege führt den Widerstand der Unions-

parteien auf einen wachsenden „Sozialneid nach unten“ zurück. „Man würde erwarten, dass Mittelschichtangehörige in der momentanen Krisensituation sagen: Wir müssen die Reichen höher besteuern, denn sie werden selbst in der Inflation noch reicher.“ Das geschehe aber nicht, stattdessen trete man nach unten.

Im Bundestag geht es im November um Pro und Kontra Bürgergeld, also wenn diese Zeitung bereits vorliegt. Die Fraktion DIE LINKE wird dazu eigene Anträge vorlegen: Wir brauchen eine solidarische Mindestsicherung, die ohne Wenn und Aber und verlässlich soziale Teilhabe für alle ermöglicht.



Katja Kipping gemeinsam mit Petra Pau, Kristian Ronneburg und Bjoern Tielebein vor dem EASTGATE auf der Auftaktkundgebung der LINKEN zum „Heißen Herbst“ in Marzahn-Hellersdorf

Inflation und Ölembargo – Bundesregierung muss Schutzschirm für den Osten spannen!

„Die Inflation trifft Ostdeutschland deutlich härter, weil Bürgerinnen und Bürger dort über weniger Einkommen und Rücklagen verfügen. Zudem sind die Preise für Gas und Strom in Ostdeutschland absolut höher, und die Auswirkungen des Ölembargos werden in den ostdeutschen Bundesländern stärker zu spüren sein als in den westdeutschen. Aus diesen Gründen brauchen wir einen Schutzschirm gegen Inflation und Embargo, insbesondere für Ostdeutschland“, erklärt Sören Pellmann, Ostbeauftragter der Fraktion DIE LINKE, zu einem entsprechenden Antrag, den die Bundestagsfraktion unlängst beschlossen hat. Pellmann weiter: „Millionen Menschen verzweifeln aktuell an den explodierenden Preisen. Die geplanten Entlastungen der Bundesregierung reichen nicht aus, sie sind teilweise nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Zunächst sollten Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende sogar leer ausgehen. Das Ende der Fahnenstange scheint bei der Infla-



tion noch lange nicht erreicht. Das Ölembargo wird die Preise weiter nach oben treiben. Angesichts dieser Entwicklung braucht es einen Schutzschirm, der den sozialen Zusammenhalt im Land stärkt. Die Fraktion DIE LINKE fordert acht Maßnahmen, um die Versorgungssicherheit, Standorte, Arbeitsplätze und die Bezahlbarkeit von Lebensmitteln und Energie zu garantieren. Unter anderem brauchen wir – ähnlich wie in der Corona-Krise – einen Rettungsfonds für ostdeutsche Unternehmen, die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und ein drittes Entlastungspaket, das die Mehrkosten der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich ausgleicht.“

Grundsteuerreform - Sozial gerecht

Ab 2025 soll die Grundsteuer auf Grundlage von neuem Recht erhoben werden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisherige Regelung 2018 gekippt hatte. Bis zum Ende des Jahres 2024 wird die Grundsteuer noch nach dem aktuellen Stand berechnet, dann greifen neue Berechnungsmethoden. Nach der Verlängerung der Abgabefrist müssen die Besitzer*innen von Häusern, Wohnungen und Grundstücken nun bis zum 31.1.2023 ihre Grundsteuererklärung abgeben.

DIE LINKE fordert im Bund einen Schutzmechanismus für einfache Eigenheimbesitzer sowie für Mieter*innen bei der Grundsteuerreform. Normalbürger müssen angesichts der Rekordinflation vor einer höheren Grundsteuer geschützt werden. Ein zentrales Problem bei der Grundsteuer ist aus LINKER Sicht, dass die Grundsteuer nach wie vor als Nebenkosten auf die Mieter*innen umgelegt werden kann und in der Regel auch wird. Gerade für Berlin, die Hauptstadt der Mieter*innen, bedeutet ein Anstieg der Grundsteuerlast vor allem höhere Nebenkosten für die Mieter*innen. Im Rahmen der Grundsteuerreform hat es der damalige Finanzminister Olaf Scholz (SPD) unterlassen, eine entsprechende Änderung der Betriebskostenverordnung vorzunehmen. Eine entsprechende Bundesratsinitiative Berlins, angeschoben durch DIE LINKE, fand im September 2019 keine Mehrheit. Berlin ist das einzige Bundesland, in dem beide Einheitswerte innerhalb eines Erhebungsgebietes vorliegen (Ost- und Westberlin), was wiederum zu Ungerechtigkeiten für den Osten führt. DIE LINKE wird sich in Berlin dafür einsetzen, dass die künftige Verteilung der Steuern zwischen Wohnen, Nicht-Wohnen und unbebauten Grundstücken so gestaltet wird, dass Wohnen insgesamt entlastet wird. Würden beispielsweise unbebaute, baureife Grundstücke stärker besteuert, könnten die Steuern für Wohnen reduziert werden, wovon wiederum sowohl die Mieter*innen als auch die

Eigenheimbesitzer*innen im Osten der Stadt profitieren würden. Eine Grundsteuerreform einseitig zulasten der Mieter*innen und der Ostdeutschen wird es mit uns nicht geben.

Probleme mit der neuen Grundsteuer?

Wir helfen! Vereinbaren Sie gern einen Termin.

Kiezbüro - Kristian Ronneburg
Cecilienplatz 5, 12619 Berlin
Tel.: 030 47057520
E-Mail: volkert@wk.linksfraktion.berlin

www.kristian-ronneburg.de

Beratungsangebote

Energieschuldenberatung

- Julateg Finsolv Marzahn-Hellersdorf, Standort Marzahn, Wörlitzer Straße 1a, 122689 Berlin, Telefon: 030 91140747, info@sib-marzahn.de, Schuldnerberatung-julateg.de, Mo., Di. 9-12 und 13-16 Uhr, Mi. 9-12 Uhr, Do. 9-12 und 13-17 Uhr, Fr. 9-12 Uhr

- Julateg Finsolv Marzahn-Hellersdorf, Standort Hellersdorf, Ernst-Bloch-Straße 43, 12619 Berlin, Telefon: 030 54712152, info@sib-hellersdorf.de, Schuldnerberatung-julateg.de, Mo., Di. 9 - 12 und 13 - 16 Uhr, Mi. 9 - 12 Uhr, Do. 9 - 12 Uhr, 13 - 17 Uhr, Fr. 9 - 12 Uhr

Energieberatung

- Beratung der Verbraucherschutzzentrale im BAUKASTEN, Riesaer Str. 2, 12627 Berlin, Tel. 0800 809802 400, Joerg.zander@a-mh.berlin.de, Verbraucherzentrale-energieberatung.de, jeden 2. Mittwoch im Monat von 17 - 19 Uhr

- Caritas Stromsparcheck Marzahn-Hellersdorf, Stollberger Straße 43, 0152 54563249, stromsparhilfe-marzahn-hellersdorf@caritas-berlin.de, <https://www.stromspar-check.de/standorte/details/stromspar-check-berlin-marzahn-hellersdorf>, Montag - Freitag 9 - 15 Uhr

„Soweit ich mich erinnere, haben die großen Katastrophen in der deutschen Geschichte immer die großen Parteien herbeigeführt.“

Prof. Dr. Lothar Bisky (*1941 bis 2013)
Kulturwissenschaftler, ehemaliger Bundesvorsitzender der LINKEN bis 2007

Katja Kipping ruft „Netzwerk der Wärme“ ins Leben

Seit Monaten sind wir mit massiv steigenden Energiekosten konfrontiert. Aber nicht nur die Kosten für Strom, Gas, Treibstoffe sind gestiegen, auch die Preise in anderen Bereichen, insbesondere bei Lebensmitteln, sind in den vergangenen Monaten explodiert. Dies ist nicht nur dem Krieg in der Ukraine geschuldet, vielmehr wirken sich hier auch noch die gestörten Lieferketten aufgrund der Coronapandemie aus. Die Ergebnisse dieser Krisen wirken sich bis tief in die Mittelschicht aus. Vor allem aber Arbeitnehmer*innen mit kleinen Einkommen, Sozialleistungsempfänger*innen und Rentner*innen sind von den enormen zusätzlichen finanziellen Belastungen betroffen.

Darüber hinaus stehen aber auch viele Träger und soziale Initiativen vor riesigen Herausforderungen, denn sie sind gleichermaßen von den Preissteigerungen, besonders im Bereich der Energiekosten betroffen. Die daraus resultierende Unsicherheit stellt nicht nur für die Betroffenen ein großes Problem dar, sie kann sich vielmehr auch auf den sozialen Frieden in unserer Stadt negativ auswirken.

Umso wichtiger ist es Möglichkeiten zu schaffen, gemeinsam solidarisch durch diesen Winter zu kommen. Aus diesem Grund hat Sozialsenatorin



das „Netzwerk der Wärme“ ins Leben gerufen. Es ist geplant, dass sich verschiedenste Begegnungsorte in Berlin zu einem Netzwerk der Wärme verknüpfen. Dieses Netzwerk soll die sozialen Folgen von Energiearmut gesellschaftlich abfedern und den solidarischen Zusammenhalt stärken. Es sollen Zugänge zu Beratungs- und Informationsangeboten, beispielsweise zu den Entlastungsmaßnahmen des Bundes und des Landes Berlin, geschaffen werden. Ebenso sollen der Vereinsamung entgegengewirkt und bereits bestehende Orte der Begegnung gestärkt werden.

In den nächsten Wochen wird es darum gehen, dass das Land Berlin, die Bezirke und die Zivilgesellschaft gemeinsam dieses Netzwerk der Wärme Realität werden lassen.

DIE LINKE wird das Netzwerk aktiv unterstützen und eigene Angebote in den Büros und Geschäftsstellen unterbreiten.

Weitere Informationen unter:
www.berlin.de/sen/ias

Dr. Manuela Schmidt, MdA

Unsere Berliner Antwort auf den heißen Herbst – wir lassen niemanden zurück!

Das Landesverfassungsgericht wird am 16. November über eine Wiederholung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen entscheiden. Erst danach wissen wir wirklich, wie es weitergeht. Und erst danach wissen wir auch, ob und in welchem Umfang die jetzige Landesregierung und das jetzige Parlament über Gesetze entscheiden dürfen.

Das bedeutet, dass wir jetzt mit Hochdruck daran arbeiten müssen, den Menschen in Berlin in dieser multiplen Krisensituation zur Seite zu stehen und deren Existenzsorgen in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen. Bis zum 16. November muss deshalb der Nachtragshaushalt beschlossen sein.

Nach zweieinhalb Jahren Pandemie, die uns alle viel Kraft gekostet, die ausgezehrt und ermüdet hat, ist das eine extreme Herausforderung. Bis zum Sommer haben wir mit viel Geld die Corona-Hilfen für die sozialen Projekte, für kleine und mittlere Unternehmen, für die vielen Soloselbstständigen in Berlin laufen lassen und jetzt sind die Anschlussprogramme am Start. Über einen langen Zeitraum haben wir deren Liquidität gesichert und nun wollen und dürfen wir sie nicht in der Energiekrise allein lassen. Die extrem gestiegenen Energiekosten belasten öffentliche und private Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, Zuwendungsempfänger und natürlich auch private Haus-

halte in teilweise existenzbedrohender Weise. Deshalb laufen jetzt die Verhandlungen zum Nachtragshaushalt auf Hochtouren. Dank höherer Steuereinnahmen können wir jetzt mit 2,6 Milliarden Euro den Berlinerinnen und Berlinern in der Krise an der Seite stehen. Der „Doppelwumms“ der Bundesregierung greift bisher leider viel zu kurz. Wir werden versuchen, mit staatlichen Hilfsprogram-

ket hat der Bund zahlreiche, zum Teil die Länderhaushalte belastende, Maßnahmen beschlossen. Mit dem Geld aus dem Nachtragshaushalt wollen wir dort, wo Förderlücken verbleiben, mit eigenen und auch ergänzenden Maßnahmen eingreifen. Dazu gehören neben dem 29-Euro-Ticket und dem 9-Euro-Sozialticket im ÖPNV die Abfederung der Energiemehrkosten für Entgelt- und Zuwendungsempfänger, eine Unterstützung der von Energiekostensteigerungen besonders betroffenen Unternehmen, die Einrichtung eines Härtefallfonds zum Schutz von Privathaushalten vor Energiesperren, die Finanzierung ggf. ergänzender Maßnahmen zur monetären Entlastung der Privathaushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen (Heizkostenzuschuss, Stromrabatt) oder auch Programme zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

Schon bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2022 / 2023 hat das Parlament eine Energiekostenrücklage in Höhe von 380 Millionen Euro gebildet. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass dieser Betrag bei weitem nicht ausreicht und auch die jetzt für den Nachtragshaushalt vorgesehenen bis zu 2,6 Milliarden Euro sind vor dem Hintergrund der gesamten Preisexplosion möglicherweise nicht ausreichend. Das wird ganz wesentlich von den Entscheidungen des Bundes abhängen. Denn unser Ziel bleibt – wir lassen niemanden in unserer Stadt zurück!



Dr. Manuela Schmidt, Bildmitte, mit Petra Pau, Julia Witt, Leonie Grae-nert und Bjoern Tielebein bei der Tulpenpflanzaktion am Marzahner Mühlenberg.

men eine Entlastung der besonders betroffenen Gruppen zu erreichen. Mit dem 3. Entlastungspa-

Interview mit Gregor Gysi zum Ukraine-Krieg

● **Herr Gysi, [...] Wie halten Sie's mit den Panzern für den Krieg?**

G.G.: Die Ukraine hat ein Selbstverteidigungsrecht. Deshalb kann sie auch Waffen beziehen, um sich gegen den Angriffskrieg zu wehren. Ich bin aber dagegen, dass diese Waffen aus Deutschland kommen. Der schlimmste Krieg der Menschheitsgeschichte ging von uns aus und ich möchte nicht, dass wir an Kriegen verdienen. Deutschland ist der fünftgrößte Waffenproduzent der Welt und verdient bereits an jedem Krieg mit, egal ob er in Libyen, in Syrien, im Irak, in Mali oder im Jemen stattfindet.

● **Hinter dieser Gretchenfrage steht ja etwas anderes – nämlich das Nachdenken darüber, ob sich derjenige in diesem Krieg mehr schuldig macht, der Waffen liefert, oder derjenige, der keine liefert. Was meinen Sie?**

G.G.: Ich glaube, weder noch. Wenn ein Land angegriffen wird, hat es eben nach dem Völkerrecht ein Selbstverteidigungsrecht. Nur haben wir eine andere Geschichte und wir werden unsere Verantwortung daraus nicht los.

● **Sie sprechen vom 22. Juni 1941, als Deutschland die Sowjetunion überfiel?**

G.G.: Ja. Ich weiß, dass das andere Menschen auch anders sehen. Aber ich bin durch meine Biografie und meine Eltern geprägt und ich habe eben diese Auffassung.

● **Die Vorstellung, deutsche Panzer rollen wieder gegen Russland finden viele Menschen unerträglich. Woher kommt das?**

G.G.: Der Osten hat eine andere Beziehung zu Russland und zur früheren Sowjetunion als der Westen. Als ich ein Kind war, in den Fünfzigerjahren, war die Stimmung überwiegend antisowjetisch. Das hat sich im Lauf der Jahrzehnte verändert, durch gegenseitige Besuche oder gemeinsame Projekte. Zum Beispiel beim Bau der Drushba-Trasse. Da waren ganz viele junge Leute dabei. Man hat sich gegenseitig kennen- und schätzen gelernt. Und dann kam Gorbatschow. Durch ihn war es den Menschen in der DDR plötzlich möglich, sich gegen die SED-Führung zu stellen, weil sie wussten: Der würde niemals, wie 1953, Panzer losschicken, um das Regime aufrechtzuerhalten. Im Westen war die Sowjetunion immer der Feind. Außerdem haben unsere Kinder noch Russisch gelernt, das war auch eine Plage, aber so entstand eben eine andere Bindung. Nur ändert aber alles nichts daran, dass meine Partei und ich jeden völkerrechtswidrigen Krieg kritisieren müssen.

● **Sie haben auch das westliche Engagement im Serbien-Krieg kritisiert. Warum?**

G.G.: Ich habe damals der Regierung gesagt: Wenn sie einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien führt, wird das Schule machen. Zu glauben, man brauche das Völkerrecht nicht mehr, weil man den Kalten Krieg gewonnen hat, war ein gro-

ßer Fehler. Das sehen wir jetzt. Auch die Teilung des Kosovo war völkerrechtswidrig. Es gibt sogar einen gültigen Sicherheitsratsbeschluss, wonach das Kosovo Teil der Republik Serbien bleiben muss. Das hat die Nato damals wenig interessiert, also hat sich Putin die Krim geholt, und nun geht es um das Donezk-Becken. Wenn wir nicht zum Völkerrecht zurückkehren, geht das so weiter.

● **Wie wollen Sie das denn anstellen? Im Moment geht es nur um Waffen, also um Krieg.**

G.G.: Es muss ein Waffenstillstand erreicht wer-

● **Es gibt gerade im Osten Kritik an der Politik der Bundesregierung, vor allem des grünen Koalitionspartners, sich unabhängig von russischen Rohstoffen machen zu wollen. Halten Sie dieses Ziel, geopolitisch gesehen, für einen Fehler?**

G.G.: Russland ist ein rohstoffreiches und wir sind ein rohstoffarmes Land. Und das bleibt auch so.

● **Was heißt das für uns?**

G.G.: Naja, man sagt den Leuten jetzt einfach: Wir müssen uns aus der Abhängigkeit lösen. Nach



den. Natürlich hat Putin mit der Teilnahme und der Annexion bestimmter Gebiete den Konflikt weiter eskaliert. Die Sprengung der Pipelines und der Brücke zur Krim waren ebenfalls Akte der Eskalation. Und gerade wegen dieser Eskalationen muss vermittelt werden, damit wenigstens die Waffen möglichst bald schweigen. Ich glaube im Unterschied zu anderen, dass keiner den Krieg gewinnen kann, weder Russland noch die Ukraine.

● **Alle Meinungsumfragen belegen: Der Osten denkt beim Umgang mit Russland anders als der Westen. Michael Kretschmer meint übrigens sogar, dieser Krieg wird die deutsche Gesellschaft spalten. Wie sehen Sie das?**

G.G.: Das ist das eine. Das andere sind die Wirtschaftssanktionen. Ich bin für Sanktionen gegen die russische Führung oder das russische Militär. Ich bin gegen Wirtschaftssanktionen, weil ich nicht möchte, dass die russische Bevölkerung verarmt. Die Hoffnung, dass die sich gegen Putin stellt, ist ein widerlegbarer Traum. Ich habe immer gesagt, Putin wird auf die Wirtschaftssanktionen antworten: Er hat ein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, ohne ihn unterschreibt der Iran nie ein Atomabkommen, die Ukraine und Russland stellen zusammen ein Drittel des Getreideexports der gesamten Welt und er findet neue Erdgaskunden, um uns danach den Hahn zudrehen. Genauso ist es gekommen.

dem Gas-Stopp folgt nun ab Januar ein Erdöl-Embargo. Ich war gerade in Schwedt, die Raffinerie dort ist auf russisches Öl angewiesen und versorgt neben Leuna den ganzen Osten mit Benzin, Diesel, Heizöl und Bitumen. Das sagt alles.

● **Wie sieht Ihr Friedensplan für die Ukraine aus?**

G.G.: Die Waffen müssen schweigen. Schnellstmöglich. Dann muss man über Gebietsansprüche reden. Was die Russen nicht rausrücken werden, Donezk, der Landstreifen zur Krim, die Krim, nimmt man zur Kenntnis, ohne es anzuerkennen. Man muss über Kriegsverbrechen und über den Wiederaufbau sprechen. Auch die Zukunft der Beziehungen zwischen beiden Ländern muss besprochen werden. Die sind ja nun gestört und werden es auch für lange Zeit bleiben. Aber es geht um die Menschen, die zum Beispiel Verwandte im jeweils anderen Land haben. Und dann muss man auch darüber sprechen, dass Ukrainer russischer Nationalität chancengleich behandelt werden, wenn sie in der Ukraine bleiben wollen. Wenn man allerdings hofft, dass es die Ukrainer schaffen, die Russen vollständig von ihrem Territorium zu vertreiben, lässt man sich meiner Meinung nach auf einen jahrzehntelangen Krieg ein.

Das Interview führte Peter Lauterbach für „Freies Wort“, Suhl. Wir veröffentlichen hier Auszüge daraus.

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DER JUGEND – DAFÜR SUCHEN WIR DICH!

Du möchtest dich politisch engagieren, dich einbringen und in Marzahn-Hellersdorf etwas verändern?

Dann melde dich bei uns oder besuche direkt eins unserer Treffen!

WER WIR SIND

- Junge Menschen aus ganz Marzahn-Hellersdorf
- Mitglieder und Freunde der LINKEN

WAS WIR TUN

- Wir organisieren Veranstaltungen für junge Leute, gestalten Infostände, nehmen gemeinsam an Demos teil
- Wir diskutieren aktuelle politische Themen
- Wir bringen uns in politischen Entscheidungen der Partei DIE LINKE ein ... und vieles mehr!

SO FINDEST DU UNS

Schreib unseren Sprecher*innen:
anne.heinschel@dielinke-mahe.de
markus.berg@dielinke-mahe.de

Oder kontaktiere uns auf Instagram:
@Jungelinke_MaHe



Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf>



https://www.instagram.com/dielinke_mahe/



https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe

Sprechstunden

Petra Pau (MdB)

» 7.12., 11.1., 1.2. jeweils 10 - 12 Uhr, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Str. 10-12, 7.12., 14 - 16 Uhr, Stadtteilzentrum Biesdorf, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin, tel.: Anmeldung bitte unter: 030 99289380

Sprechstunden

Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden

Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

Sprechstunden im Wahlkr. 1

» 30.11., 18-20 Uhr, Golferia, Wittenberger Straße 50, mit Bjoern Tielebein, vorherige Anmeldung erbeten, per E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de oder tel. zu den Öffnungszeiten der BVV-Fraktion, s.u.

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis. E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de. Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: <https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

**Geschäftsstelle / Linker Treff,
Henny-Porten-Straße 10-12,
12627 Berlin,**

Telefon: 030 5412130 / 030 9953508
Telefax: 030 99901561

Unsere Öffnungszeiten:

- Montag:** 10 - 17 Uhr
- Dienstag:** 13 - 17 Uhr
- Donnerstag:** 13 - 18 Uhr
- Freitag:** 10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Fotos:** DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Pixabay, Linksfraktion im Bundestag, DIE LINKE. Berlin, F. Blank, K. Ronneburg, M. Volkert, B. Tielebein, F. Matthäs, P. Lehmann

Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Telefon: 030 5412130, Telefax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-mahe.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 07.11.2022, **Auslieferung ab 10.11.2022;** **Druck:** BV Berliner Zeitungsdruck GmbH
Die nächste Ausgabe erscheint am **08.12.2022 (Anlieferung aus Druckerei).**

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Kontakt zu uns:

**Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin**

Telefon: 030 902935820

fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Facebook:

LinksfraktionMarzahnHellersdorf

Twitter: LinksfraktionMH

Instagram: dielinke_mahe

Nächste BVV-Sitzung:

17. Nov. 2022, 17:00 Uhr

Livestream unter:

<https://www.videotron.de/marzahn-hellersdorf/>

**Ausstellungsreihe EINBLICKE –
Photographie von Instinktiv Kreativ
im Rathaus Marzahn**

Präsentiert wird dort eine Serie aus Bildern, Illustrationen und Fotografien unter anderem von Jonathan Göpfert und Philipp Müller sowie Falk Wieland und Bojan Lacmanovic. Die Künstler Jonathan Göpfert und Philipp Müller sind bereits bekannt durch Ihre Ausstellungsreihe Unsichtbar/Unverzichtbar, die im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie und Toleranz Marzahn Hellersdorf ermöglicht werden und u.a. bereits in der Volkshochschule erfolgreich ausgestellt wurden.

**Ausstellung vom 8.11.2022 bis 23.12.2022
Rathaus Marzahn, Helene-Weigel-Platz 8**

